Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 188. **Mittwoch** den 7. Juli 1886. **80. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
Orchester-Wittwen-Fonds betr.

Auf Antrag des Vorstandes der, unter dem Namen „Stiftung zur Unterstützung für die Wittwen und Waisen des Leipziger Stadtorchesters" bestehenden, in der Regel „Orchester-Wittwen-Fonds" genannten Stiftung sind die an diesem Fonds bisher nicht betheiligt gewesenen pensionsberechtigten Mitglieder des Stadtorchesters in die Stiftung aufgenommen worden, und zwar mit der Maßgabe, daß das Erträgniß eines besonders zu bildenden Fonds diesen neu eingetretenen Mitgliedern für ihre Wittwen und Waisen gewährleistet werden, nach Ansammlung eines Capitals von 50,000 ℳ aber eine volle Gleichberechtigung mit den älteren Mitgliedern eintreten soll.

Zur Bildung dieses Capitalfonds ist uns heute von der Direction der Gewandhausconcerte ein Betrag von 9,034.75 ℳ
und von zwei ungenannten Freunden der hiesigen musikalischen Verhältnisse der Gesammtbetrag von 5,129.50 „
zusammen 14,164.25 ℳ
in Werthpapieren übergeben worden.

Namens des Orchesterpensionsfonds, unter dessen Verwaltung sich die Stiftung des Orchester-Wittwen-Fonds gestellt hat, sprechen wir für diese reichen Zuwendungen hiermit den wärmsten Dank aus, indem wir uns der Hoffnung hingeben, daß durch den nie ermüdenden Wohlthätigkeits- und Kunstsinn hiesiger Einwohner die im Interesse der Orchestermitglieder höchst wünschenswerthe Erhöhung des Fonds bis auf 50,000 ℳ bald herbeigeführt werden wird.

Leipzig, am 30. Juni 1886.

Der Verwaltungsausschuß des Orchester-Pensions-Fonds.
70. Dr. Georgi, Vorsitzender. Wittsch Aff.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 **machen wir hierdurch** bekannt, daß der Klempner

Herr Gustav Barreidt,
Georgenstraße Nr. 14,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 1. Juli 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X. 2913. Dr. Georgi. Wolfram.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im **Stadthause**

Freitag, den 9. Juli a. c., Vorm. von 9 Uhr an,

Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten u. dergl. mehr meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 6. Juli 1886.

Das Armenamt.
Ludwig-Wolf. Junghähnel.

Aufforderung,
betreffend die Rechte der Absender von Eisenbahn-Gütern, den Weg vorzuschreiben.

Durch Beschluß des Bundesrathes ist seit Mitte April vor. J. das frühere Recht der Absender von Eisenbahn-Gütern, den Transportweg vorzuschreiben, ungeachtet vielfältiger Gegenvorstellungen aus dem Handelsstande, aufgehoben worden; seit dem 1. Februar d. J. ist das Verbot zwar für den Eilgut-Verkehr und für einige besondere Zweige des Verkehrs wieder beseitigt worden, in der Hauptsache aber besteht es noch fort. Die Handels- und Gewerbekammer zu Plauen hat sich nun in einer ausführlichen Eingabe an den Bundesrath für **Wiederherstellung** des Rechtes der Absender für die **Wahl des Transportweges** für Güterversendungen aller Art verwendet und **uns zum Anschluß aufgefordert.** Der Verkehrs-Ausschuß ist sachlich einverstanden und empfiehlt den Anschluß unter der Voraussetzung, daß noch neue Thatsachen aus den Erfahrungen des diesseitigen Bezirkes beigebracht werden können, welche das Gesuch zu unterstützen geeignet sind. An die Kaufleute und Fabrikanten unseres Bezirkes richten wir deshalb die Aufforderung, uns ihre Wünsche und Erfahrungen in dieser Hinsicht baldmöglichst und längstens

bis zum 10. d. M.

schriftlich mittheilen zu wollen.

Leipzig, den 5. Juli 1886.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vors. Dr. Gensel, S.

Steckbriefs-Erneuerung.

Der gegen den Oberkellner **Nachus Wolf** aus **Alt-Töbern** unterm 24. December 1884 erlassene Steckbrief wird hierdurch erneuert.

Bernburg, den 1. Juli 1886.

Der herzogliche Staatsanwalt.
Schiele.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Lage.

* In der Begleitung des **Fürsten Bismarck** hat sich diesmal der Chef der Reichskanzlei, Geh. Oberregierungsrath Rottenburg, nach Kissingen begeben. Es ist, seit Fürst Bismarck als Reichskanzler an der Spitze der Geschäfte steht, das erste Mal, daß der Chef der Reichskanzlei ihn auf seiner Urlaubs- und Erholungsreise, sogar in den Badeort, begleitet, und der Schluß liegt nahe, daß Fürst Bismarck eben nicht in der Lage ist, sich in diesem Jahre vollen Urlaub zu gönnen. So ist es in der That. Wie man hört, findet täglich ein lebhafter Depeschenwechsel zwischen Berlin und Kissingen statt, und auch die schriftliche und telegraphische Verbindung zwischen Kissingen und Ems ist eine rege. Besonders Fragen der auswärtigen Politik sollen es sein, welche die Zeit und Arbeit des Fürsten Bismarck in diesem Sommer, mehr als in früheren Jahren um diese Zeit der Fall war, in Anspruch nehmen, und auch Kaiser Wilhelm hat während seines Aufenthalts in Ems fast täglich den Vortrag des Vertreters des Auswärtigen Amts, des Herrn v. Bülow, gehört. In früheren Jahren war stets einer der Söhne des Reichskanzlers sein Begleiter auf der Sommerreise; da dies diesmal aus bekannten Gründen nicht angänglich, mußte Herr Rottenburg eintreten, was eben, wie gesagt, um so dringender wurde, als es in der auswärtigen Politik Arbeit genug giebt. Doch braucht darum keinerlei Besorgniß Platz zu greifen, „brennende" Fragen giebt es zum Glück im Augenblick nicht, auch „weit hinten" werden die Völker vor der Hand nicht auf einander schlagen, aber zum Genuß der völligen Ruhe für uns gehört eben, daß man im Osten und Westen weiß, Fürst Bismarck steht auf der Wacht. Und das ist der Fall.

Die Eventualität eines **bayerischen** Cabinetswechsels wird in der Presse noch immer eifrig erörtert. In Berlin eifern „Kreuz-Zeitung" und „Germania" in schärfster Eintracht gegen das Ministerium, und das Blatt der Junker giebt auch heute wieder der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß das Ministerium Lutz die nächsten Wahlen nicht überdauern werde. Der Streit scheint uns ziemlich müßig, möge man doch erst den Ausfall der Wahlen abwarten. Wir glauben, daß das Ministerium die Neuwahlen keineswegs zu fürchten hat, da die freisinnige Partei in Bayern keineswegs in Uebereinstimmung mit den norddeutschen Fortschrittlern ein klerikales Regiment herbeisehnt. Dort hat man zur genüge Gelegenheit gehabt, die Ultramontanen in ihrem Wirken in unmittelbarer Nähe zu beobachten, und das hat abschreckend gewirkt. Das deutsche Reich und Bayern wären entschieden zu beklagen, wenn das Ministerium Lutz durch ein Ministerium v. Franckenstein ersetzt würde.

Merkwürdig ist es übrigens, daß die „Kreuz-Zeitung" wie in dieser Frage mit der „Germania" und einem Theil der fortschrittlichen Presse, auch in Betreff der geplanten **Berliner Ausstellung** mit der fortschrittlichen Presse Berlins sich in Uebereinstimmung befindet. Hier berühren sich die Gegensätze, der Radicalismus von rechts und links hält es beinahe für ein Unglück, daß dieses Project sich nicht verwirklichen soll. Die „Kreuz-Zeitung" beschuldigt unsere Großindustriellen des Mangels an nationalem Gefühl. Diese Herren werden den Schmerz des Vorwurfs von dieser Seite hoffentlich leicht verwinden. **In Wirklichkeit** liegt keine direct nationale Frage vor, aber doch vielleicht insofern, als die Kenner und Vertreter unserer Gewerbe zumeist der Ansicht sind, daß es besser ist, das Geld zur Hebung der nothleidenden Industrie als zu unnützen Schaustellungen zu verwenden. Gedrängt wurde überhaupt erst, als Frankreich sich anschickte, eine Ausstellung ins Werk zu setzen, da hielten es Viele für angezeigt, diesen französischen Vorschlag nachzuahmen. Wir lassen für heute die Frage, ob internationale oder nationale Ausstellungen für unsere Zeit überhaupt angezeigt, bei Seite. In jedem Falle aber scheint uns der Bundesrath weise und loyal gehandelt zu haben, indem er die Stimmen der berufenen Vertreter von Handel und Industrie mehr berücksichtigte als die einer künstlichen Mache.

Die am Donnerstag abgehaltene mehrstündige Sitzung des **preußischen Staatsministeriums** betraf Festsetzungen bezüglich der Ausführung mehrerer wichtiger Beschlüsse des Reichstages und des Landtages und Anordnungen der Verwaltung für die nächste Zeit. Die preußischen Minister werden nun nacheinander ihre Urlaubsreisen antreten, so daß immer nur zwei Mitglieder des Staatsministeriums in **Berlin** anwesend sein werden. Erst in der zweiten Hälfte des September dürfte das Ministerium wieder vollzählig in Berlin versammelt sein und an die Arbeiten für die nächsten Parlamentssitzungen herantreten.

Das **Socialistengesetz** wird, wie verschiedene neuerdings auf Grund desselben ergangene Anordnungen beweisen, gegenwärtig in sehr strenger, gegen früher offenbar noch verschärfter Weise gehandhabt. Wenn man früher oft der Meinung gewesen, die Härten des Gesetzes würden in der Praxis allmälig gemildert und so der Uebergang zu normalen Zuständen angebahnt werden, so ist dieser Entwickelungsgang durchaus nicht eingetreten. Wir fühlen uns keineswegs berufen, eine scharfe Anwendung des Gesetzes zu tadeln; Ausnahme- und Nothgesetze haben nur Sinn, wenn sie energisch gehandhabt werden. Es sind auch gegen die Loyalität der Ausführung im Ganzen keine Einwendungen zu erheben. Dies haben die zahlreichen Socialistendebatten der verflossenen Reichstagssession bewiesen, in denen die socialdemokratischen Abgeordneten zwar genug allgemeine Redensarten, aber wenige berechtigte Klagen vorzubringen wußten und die Regierung sich im Ganzen mit Erfolg zu vertheidigen vermochte. Es ist ein beliebtes Argument der Gegner, zu behaupten, je schärfer das Socialistengesetz gehandhabt werde, um so sicherer werde es die Reihen der Socialdemokratie verstärken; das werde die Zahl der Abgeordneten und der abgegebenen Stimmen dieser Partei bei jeder neuen Wahl beweisen. Es mag sein, daß diese Zahlen bei den im nächsten Jahr bevorstehenden Reichstagswahlen zunehmen. Ein Beweis für das Wachsthum der Partei wäre das aber doch noch nicht. Die Wählerfolge der Socialdemokratie beruhen zum größten Theil auf der bitteren Verfeindung der anderen Parteien, welche es gleichgiltig geschehen läßt oder auch direct herbeiführen hilft, daß die Socialdemokraten den Wahlsieg erringen. Wenn man constatiren könnte, wie viel fortschrittliche oder klerikale Stimmen, namentlich bei den Stichwahlen, für Socialdemokraten abgegeben werden, um einen conservativen oder nationalliberalen Candidaten zu Fall zu bringen, so würde die socialdemokratische Stimmenzahl ohne allen Zweifel sehr erheblich zusammenschmelzen. Die Anzahl Derjenigen, welche aus Parteihaß und Verbitterung socialdemokratische Stimmen abgeben, mag im Wachsen begriffen sein, ob es aber auch die Zahl der überzeugten Anhänger der Socialdemokratie ist, möchten wir bezweifeln.

Leipzig, 7. Juli 1886.

* **Das Reich** gedenkt den Nord-Ostsee-Canal selbst zu bauen und zu diesem Ende eine aus Technikern und Verwaltungsbeamten zusammengesetzte besondere Baubehörde zu errichten, welche den Namen „Kaiserliche Canalcommission" führen soll. Neben den Erwägungen, daß die unmittelbare Leitung des Baues durch das Reich vor der ursprünglich beabsichtigten Uebertragung an Preußen wegen der mit dem letzteren Verfahren nothwendigen Weiterungen den Vorzug verdient, haben auch andere Rücksichten und insbesondere der Wunsch, für dies große nationale Unternehmen auch die nichtpreußischen Techniker nutzbar zu machen, diesen Vorschlag veranlaßt. Ferner ist für diese Entschließung die Erwägung mitentscheidend gewesen, daß das Reich bei diesem Unternehmen die Gelegenheit zur praktischen Durchführung derjenigen socialpolitischen Gesichtspuncte erhält, welche in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 niedergelegt und in dem Ausdrucke „praktisches Christenthum" zusammengefaßt sind. Denn nicht nur wird dieses große, zu seiner Durchführung Jahre bedürfende Unternehmen den Anlaß zu einer mustergiltigen Organisation der Kranken- und Unfallversicherung für die bei dem Bau beschäftigten zahlreichen Arbeiter geben, sondern man wird dabei auch die Mängel, welche rücksichtlich der Wohlfahrtseinrichtungen bei Unternehmungen ähnlicher Art häufiger hervorgetreten sind, vermeiden und in Bezug auf Wohnungs-, Speiseeinrichtung, Befriedigung des Sparbedürfnisses ꝛc. den Arbeitern während des Baues ein geregeltes Dasein sichern können. Gerade dieser Seite der Sache wird besondere Sorgfalt zu widmen sein; das Reich kann nach dem alten Sprichwort „exempla trahunt" gar nichts Wirksameres thun, als mit dem guten Beispiele einer mustergiltigen Bethätigung derjenigen arbeiterfreundlichen Socialpolitik voranzugehen, welche es zur Richtschnur für seine Gesetzgebung genommen hat.

* Der **Prinz-Regent Luitpold von Bayern** hat durch Cabinets-Ordre vom 28. v. M. bestimmt, daß das 1. Feld-Artillerie-Regiment, dessen Chef er ist, künftig die Bezeichnung „1. Feld-Artillerie-Regiment Prinz-Regent Luitpold" führen und daß das „5. Chevauxlegers-Regiment Prinz Otto" in Zukunft lediglich die Bezeichnung „5. Chevauxlegers-Regiment" haben soll. Letztere Anordnung ist um deswillen beachtenswerth, weil sie einen Bruch mit den Traditionen des bayerischen Heeres enthält. Bisher führten nämlich sämmtliche bayerischen Regimenter in ihrer Bezeichnung den Namen ihres Chefs, und da alle Regimenter Chefs haben, trat stets zur Nummernbezeichnung eines bayerischen Regiments der Name eines Prinzen oder dergleichen hinzu. Starb der Chef, so führte das Regiment so lange, bis es einen neuen Chef erhielt, den Namen des letzten unter dem Zusatz „vacant" weiter, wie auch zur Zeit noch das in Passau und Burghausen stehende 16. Infanterie-Regiment den Zusatz „vacant König Alphons von Spanien" führt — Prinz Luitpold von Bayern hat, wie bereits gemeldet, seinen bisherigen persönlichen Adjutanten Oberst Freyschlag von Freyenstein unter Beförderung zum Generalmajor, die außer der Tour erfolgte, zum königlichen Generaladjutanten und ferner je einen Officier der Cavallerie, Infanterie und Feldartillerie zu Flügeladjutanten ernannt. Von der Infanterie ist der Major Frhr. v. Branca, einer der ältesten Bataillons-Commandeure, von der Cavallerie der bisherige Adjutant der General-Inspection der Armee und Flügeladjutant des Prinzen Luitpold, Rittmeister Frhr. Wolfskeel von Reichenberg (Rittmeister seit 1883), und von der Artillerie der Hauptmann Ritter von Wiedenmann, bisher Batteriechef im 3. Artillerie-Regiment (Hauptmann seit 1882) in die genannte Stellung befördert.

* Der **Münchener** „Allgemeinen Zeitung" geht „von sehr beachtenswerther Seite" aus **Berlin** folgende Darlegung zu:

„Wohl hat das bayerische wie das deutsche Volk ein Recht darauf, daß an den verfassungsmäßig zuständigen Stellen die vollste Aufklärung über die Krankheit und den unglücklichen Lebensausgang König Ludwig's II. ertheilt werde. Dies ist in München vor den bayerischen Ständen, deren Verhandlungen der öffentlichen Meinung unterbreitet werden, geschehen. Damit ist dem berechtigten Wunsche derselben ein Genüge gethan; was aber darüber hinausgeht, ist vom Uebel. Eine solche Ueberschreitung der Grenze ist bereits bemerkbar. Schon gefallen sich Manche darin, aus dem Leben des verstorbenen Königs Anekdoten zu sammeln und zu veröffentlichen, deren Inhalt mit dem Mitgefühl über das tragische Geschick desselben in Widerspruch steht und deren Mittheilung nur darauf berechnet sein kann, sensationsbedürftigen Lesern Stoff zur Befriedigung ihrer Neugierigkeitsgelüste und Klatschsucht zu liefern. Noch schlimmer ist es, wenn aus dem Beweggrund wichtigthuender Eitelkeit Persönlichkeiten mit ihrem angeblich eigenen — uncontrolirbaren — Erfahrungen und Erlebnissen vor die Oeffentlichkeit treten, um zu zeigen, daß auch sie Beziehungen zu dem verstorbenen König hatten. Wenn aber solche Veröffentlichungen ihren letzten Beweggrund nicht in der Erregung von Sensation und in der Befriedigung von Skandal haben, sondern aus gemeiner Gewinnsucht geschehen, so fehlt uns für ein solches Verfahren und dessen Begründung in der Sprache des anständigen Mannes jeder Ausdruck. Krankheit und Tod in so unglücklicher Verkettung pflegen auch rohen Gemüthern zum Mindesten ein achtungsvolles Schweigen aufzuerlegen. Nur in den Zeiten des Niedergangs eines Volkes, wenn die moralische Kraft fehlt, die Schwere eines großen Ereignisses zu begreifen, hat man sich an den Klatsch der Einzelheiten gekümmert und diese mit geschäftiger Befriedigung von Ohr zu Ohr verbreitet. So weit ist, Gott sei Dank, das deutsche Volk im 17. Jahre der — auch mit Hilfe des verstorbenen Bayernkönigs — errungenen Einheit noch nicht gekommen, daß die soeben geschilderten Persönlichkeiten es unternehmen dürften, das deutsche Bürgerthum so zu behandeln, wie die Verfasser der apokryphen Hofskandalgeschichten aus dem Untergange der Kaiserzeit die entsittlichte römische Welt behandelt haben. Es wird genügen, auf diese Gesichtspuncte nur hingewiesen zu haben, noch viele andere Momente hervorgehoben werden. Dem Grabe eines Unglücklichen und eines Königs gegenüber sind andere Gedanken angebracht, als solche, welche durch die Mittheilungen von Aeußerungen der Krankheit und von Anekdoten kleinlicher Art geweckt werden, und wir sind überzeugt, daß das deutsche Volk, welches durch das Ende Ludwig's II. in seinem Innersten bewegt worden ist, es nicht an seiner Entrüstung gegen Diejenigen fehlen lassen wird, die etwa aus dem Unglück auf dem Throne Capital zum Besten elender Beweggründe zu schlagen versuchen möchten."

* * *

* Leicht erklärlich ist es, daß der **Kampf** um die **Existenz**, den die **Deutschen Oesterreichs** seit Jahren erfolglos kämpfen, in den Reihen der deutschen Volksgenossen eine tiefe Verstimmung erzeugt hat. Man fragt sich, wie so es kommen mochte, daß trotz des reichen Aufgebots an Kraft, Geist und Ausdauer dennoch keine nennenswerthe Wandlung zum Bessern eintrat, und der Unmuth, der viele Kreise erfaßt hat, sucht eine Art von Genugthuung darin, die Schuld am Mißerfolg dieser oder jener Parteirichtung der Kampfesweise beizumessen. Nach jeder Parlamentssession traten bisher die Erscheinungen einer lebhaften Erregung innerhalb der deutschen Opposition auf, um so weniger verwunderlich ist die gegenwärtige Bewegung, da die Opposition in zwei Clubs, den Deutschen und den Deutschösterreichischen, getheilt ist. Man würde zu einem Fehlschluß gelangen, wollte man den Grund der gegenwärtigen Erregung der deutschen Opposition in dem Bestreben der beiden deutschen Parteirichtungen suchen, weiter auseinanderzugehen. Die Mitglieder sowohl des deutschen wie die des deutsch-österreichischen Clubs haben in der verflossenen Reichsrathsperiode ja deutlich eingesehen, daß es nur durch ihr Zusammengehen in Principienfragen möglich war, wenn auch keinen positiven Erfolg zu erringen, so doch die geplanten Ausfälle auf den Bestand des deutschen Volksthums, wie auf die Reichseinheit Oesterreichs abzuwehren. Das Kraftgefühl der Deutschen Oesterreichs wurde hierdurch schon unzweifelhaft gestärkt, der Pessimismus, der noch vor wenigen Jahren herrschte und jede Möglichkeit einer Aenderung der traurigen Lage für ausgeschlossen hielt, ist fast gänzlich geschwunden und man hält, wie der Führer des linken Flügels im deutschösterreichischen Club, gegenwärtig vielleicht Oesterreichs bedeutendster Parlamentarier, Herr von Plener, jüngst in einer zu Eger abgehaltenen Rede betonte, im Allgemeinen daran fest, daß die Sachlage in Oesterreich in der That zu einer Krisis drängte und daß die Aera Taaffe bereits ihren Höhepunct überschritten habe. Ist die Anschauung Plener's richtig, so folgt nun daraus noch immer nicht, daß die Wandlung sich bald oder ohne Rückschläge in der Zukunft zu vollziehen habe, allein man beginnt im deutschösterreichischen Club sich auf die veränderte Stellung vorzubereiten. Alle Voraussetzungen aber müßten zu Schanden werden, wenn der Widerstand gegen die Regierung und die slawisch-feudale Majorität nicht mit ungebrochener Kraft fortgesetzt würde. Stramme Einigkeit ist hier die einzige Voraussetzung eines künftigen Erfolges, und wie diese Einigkeit am zweckdienlichsten durchzuführen wäre, das ist Kern und Inhalt der gegenwärtigen Bewegung in der deutschen Opposition. Der linke Flügel des deutschösterreichischen Clubs trat zuerst hervor und drängte, wie die Reden Sturm's in Iglau und Plener's in Eger beweisen, nach einer Neugestaltung; der deutsche Club ist zur Zeit noch nicht hervorgetreten; aber es ist heute schon als feststehend anzunehmen, daß er, bei strengster Wahrung seines nationalen Programms, willig in eine Einigung stimmen werde, wenn es gelingt, den rechten Flügel des deutschösterreichischen Clubs, die sogenannte Großgrundbesitzergruppe, unter Führung Clumetzky's von einem gemeinsamen Verband loszulösen. Dieser rechte Flügel ist wohl centralistisch, war aber stets ein hemmendes Gegengewicht gegen jede deutschnationale Regung in Oesterreich, und im gemeinsamen Verbande mit ihm wäre jede kräftige Action unmöglich, es würde dasselbe unleidliche Verhältniß hervorgerufen, wie es zur Zeit der Vereinigten Linken bestand, ein tiefgehender innerer Zwiespalt bei nothdürftig zusammengehaltener äußerer Eintracht. — Das ist der gegenwärtige Stand der Dinge. Die Hauptschwierigkeit besteht darin, sich zu vergewissern, daß der von dem gemeinsamen Verbande eventuell losgelöste rechte Flügel des deutschösterreichischen Clubs, der sich beispielsweise in der tiefeinschneidenden Landsturmfrage von der übrigen deutschen Opposition getrennt hat, nicht zur willenlosen beiseitegeschobenen Mittelpartei des Grafen Taaffe werde. Zwischen dem linken Flügel des deutschösterreichischen Clubs und der Gesammtheit des deutschen Clubs bestehen dann keine grundsätzlich trennenden Momente; beide verfolgen das gleiche Endziel: den führenden Einfluß des deutschen Volks in Oesterreich wieder zu gewinnen. Eine Arbeitstheilung wäre bei einheitlicher Vereinigung immer noch möglich, ja sogar geboten. Plener und sein Anhang würden den Kern einer künftigen (allerdings für absehbare Zeiten noch schwer zu verwirklichenden) deutschen Regierungspartei bilden; die Anhänger des deutschen Clubs aber hätten nach wie vor die bedeutsame Aufgabe, als deutsche Volkspartei die deutschen Volksmassen in nationaler Erziehung zu heben, sie zu organisiren und zu selbstthätiger Abwehr gegen das Aufgehen in fremden Volksstämmen anzuleiten. Eines nämlich darf bei der Beurtheilung der Verhältnisse in Oesterreich nie außer Acht gelassen werden: der Rückgang des Deutschthums in Oesterreich ist wohl durch die Regierung Taaffe nach Kräften gefördert worden, aber er ist nicht lediglich dieser slawisirenden Epoche zuzuschreiben, sondern auch dem Mißverhältniß zwischen den national-hochentwickelten, unduldsam vorwärts stürmenden slawischen Stämmen und dem mit Absichtlichkeit in nationaler Schlaffheit, im widerstandslosen Oesterreicherthum großgezogenen deutschen Volke, ein Mißverhältniß, das nur durch unermüdliche nationale Arbeit von Jahrzehnten annähernd gehoben werden kann.

* Der **Wiener Gemeinderath** war am Freitag der Schauplatz einer Demonstration, wie sie in den Annalen der Stadtvertretung einzig dasteht. Ein Mitglied derselben, Gemeinderath Pfister, hatte einen politischen Gegner wegen einer vor drei Jahren begangenen Majestätsbeleidigung angegeben, und dieser war auf Grund dieser Denunciation zu einer schweren Freiheitsstrafe verurtheilt worden. **Als Herr** Pfister am Freitag den Sitzungssaal betrat, erhoben sich von den anwesenden 79 Gemeinderäthen 63 und verließen den Saal, um dadurch zu documentiren, daß sie mit Pfister nicht mehr gemeinsam im Stadtrathe sitzen wollten. Der Vorsitzende constatirte die Beschlußunfähigkeit und mußte, als auf seine wiederholte Aufforderung, im Saale zu erscheinen, Niemand dem Rufe folgte, die Sitzung schließen. Da Pfister erklärt hatte, am Dienstag wieder im Gemeinderathe erscheinen zu wollen, ist für diesen Tag eine Sitzung **nicht** anberaumt worden.

* Wie der „Berner Bund" vernimmt, **hat das eidgenössische** Justiz- und Polizeidepartement eine Untersuchung angeordnet über die allfällige **Betheiligung ausländischer Anarchisten** bei den letzten Arbeiterdemonstrationen in **Zürich**. Sollte es sich herausstellen, daß solche in hervorragender provocatorischer Weise an diesen Auftritten Theil genommen, so dürfte, wie das genannte Blatt hinzufügt, deren **Ausweisung** durch den Bundesrath erfolgen.

* Zwischen dem **französischen Kriegsminister**, General **Boulanger**, und dem General de **Courcy** ist ein ähnlicher Conflict entstanden, wie vorher zwischen dem Kriegsminister und dem Gouverneur von Paris, General Saussier. Die Organe der äußersten Linken beeilen sich denn auch bereits, ihrem Gesinnungs- und Bundesgenossen an der Spitze der Kriegsverwaltung zu secundiren. So wirft der „Intransigeant", an die Aeußerung eines anderen Blattes anknüpfend, die Frage auf, ob General de Courcy mit dem früheren Oberstlieutenant desselben Namens identisch wäre, der in Mexiko die Polizei unter der vorübergehenden Regierung des Kaisers Maximilian leitete. Bei dem Conflicte des Generals de Courcy spielt bekanntlich auch der Generalresident in Anam und Tonkin, Paul Bert, insofern eine Rolle, als einer seiner Attachés die feindseligen Mittheilungen der „revolutionären" Presse über den ehemaligen Oberstcommandirenden in Tonkin inspirirt haben soll. Die französische Regierung läßt sich übrigens angelegen sein, in Abrede zu stellen, daß der französische Generalresident in Ostasien bei den Officieren der Landarmee und der Marine auf einen gewissen passiven Widerstand gestoßen sei. Freilich wird nur versichert, daß bisher noch keine amtliche Nachricht die Meldungen der Blätter bestätigte und daß in den Briefen Paul Bert's nichts darauf